

Im Gespräch mit: Urs Tanner und Lorenz Laich

Für Finanzminister Ueli Maurer ist es bloss eine kleine Reform. Doch die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer gibt zu reden. Nur Grosskonzerne würden entlastet, sagen die Gegner. Letztlich hätten alle etwas davon, denken die Befürworter. Am 25. September wird abgestimmt.

«Das verdient ein Denkmal gleich neben dem Munot!»

Reto Zanettin

Lorenz Laich (FDP) und Urs Tanner (SP) warten am Empfang der SN-Redaktion an der Schaffhauser Vordergasse. Sie unterhalten sich nicht über Politik, sondern über Sehschärfen, Brillen und die Vorteile des Stenografierens – bis wir im vierten Stock angekommen sind. Dann wechselt das Thema ins Finanzpolitische. Der Sozialdemokrat wird die Verrechnungssteuerreform ablehnen, der Freisinnige wird am 25. September Ja stimmen. Wie begründen sie ihre Positionen?

Alle, die ein Sparbuch haben, bezahlen die Verrechnungssteuer und werden das auch weiterhin tun müssen. Bei Obligationen, die Unternehmen oder der Staat ausgeben, soll diese 35-Prozent-Steuer nun abgeschafft werden. Ist das wirklich gerecht?
Lorenz Laich: Alle Bürgerinnen und Bürger, die Obligationen von Georg Fischer oder sonst einem schweizerischen Unternehmen kaufen, werden entlastet, wenn die Verrechnungssteuer auf Fremdkapitalzinse fällt.

Urs Tanner: Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben auch tatsächlich Obligationen von Georg Fischer. Ich glaube durchaus, es gibt Unstimmigkeit bei den Bürgern, da Kapital immer besser behandelt wird als Einkommen. Diese wachsende Ungerechtigkeit sehe ich. Hinzu kommt die Inflation, die viele Menschen mit sonst schon knappem Budget belastet. Letzten Endes geht es immer darum, was die Leute letztlich im Portemonnaie haben.

Laich: Zinserträge unter 50 Franken unterliegen der Verrechnungssteuer nicht mehr. Wer ein klassisches Bankkonto hat, merkt also nichts von dieser Steuer. Doch bei der aktuellen Reform geht es nicht darum, wer gewinnt und wer verliert.

Sondern?
Laich: Die Verrechnungssteuer ist ein wesentlicher Nachteil für die Schweiz im Wettbewerb mit anderen Staaten wie Luxemburg. Mit dieser moderaten Vorlage können wir Geschäfte aus dem Ausland wieder in unser Land zurückholen.

Tanner: Die Reform ist sicher nicht matchentscheidend. Selbst die «Neue Zürcher

Zeitung» – ein bürgerliches Blatt –, schreibt, es gehe nicht um eine Schicksalsvorlage, weder für den Wirtschaftsstandort noch für den Fiskus. Aber über das Geld müssen wir reden. Die Reform kostet unseren Staat 800 Millionen Franken. Denken wir darüber hinaus an steigende Energiepreise und höhere Krankenkassenprämien. Das alles ist Geld, das den Menschen fehlt.

Der Bundesrat hat gerechnet: Der Fremdkapitalmarkt ist zwischen 2010 und 2020 um 20 Prozent geschrumpft. Gegenwärtig beobachten wir steigende Zinsen, was Obligationen für Anleger attraktiver macht. Warum sollen wir im jetzigen günstigen Zeitpunkt eine Reform verhindern, die den Fremdkapitalmarkt stärkt?
Tanner: Ich verschenke ungern 800 Millionen Steuereinnahmen für eine Reform, die wenige Konzerne entlastet. Diese machen nur 0,03 Prozent der Schweizer Wirtschaft aus. KMU – 99,9 Prozent unserer Wirtschaft – haben nichts von dieser Reform, weil sie sich nicht über Obligationen finanzieren.

Laich: Von der Reform profitieren alle, weil sie zusätzliche Wertschöpfung im Inland ermöglicht. Das geht weiter als nur bis zu den Grosskonzernen, sondern bis in die vor- und nachgelagerten Betriebe hinein. Diese KMU profitieren ausserdem indirekt vom günstigen finanzpolitischen Umfeld. So entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Das spüren die Leute von Beggingen über Stein am Rhein bis nach Buchberg.

Herr Tanner, der Bundesrat geht nicht von 800 Millionen, sondern eher von 275 Millionen Franken aus.
Tanner: Das Problem ist, dass Fachleute reden und Zahlen kursieren, denen man nicht blind glauben sollte. Sie lagen in der Vergangenheit schon oft daneben. Warum sollte ich – sollten wir – ihnen heute vertrauen? Wenn Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind, sagen sie tendenziell Nein.

Laich: Grundsätzlich diskutieren wir über eine finanztechnische Vorlage. Weil die Schweiz noch eine Verrechnungssteuer kennt, verdient Luxemburg sehr viel Geld, das eigentlich wir verdienen könnten. Es ist unbegreiflich, warum wir uns selbst einen Stein in den Rucksack packen, während andere uns leichtfüssig davonlaufen.

Finanzminister Ueli Maurer spricht von einem Reformchen. Der grosse Wurf wird es nicht sein, oder?
Laich: Das stimmt insofern, als dass die Vorlage sich auf ein kleines Segment beschränkt. Anfangs wollte man die Verrechnungssteuer auf alle Obligationen abschaffen. Nun entlastet man nur die neu emittierten Anleihen. Und 90 Prozent der Verrechnungssteuereinnahmen sind überhaupt nicht betroffen, da Dividenden nach wie vor mit 35 Prozent besteuert werden.



gerinnen und Bürger hinterziehen Steuern. Der Abbau bei der Verrechnungssteuer fördert das Tricksen in der Steuererklärung.

Sie zweifeln an der Steuerehrlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer?
Tanner: Nein, keineswegs, ich zitiere bloss eine Statistik, die besagt, dass 10 Prozent der Bevölkerung tricksen. Deren Versuchung wächst, wenn man die Gelegenheit zur Steuerhinterziehung erweitert.

Laich: Wer Steuern hinterziehen will, findet mit oder ohne Verrechnungssteuer einen Weg – der kauft Obligationen halt nicht von Georg Fischer oder ABB, sondern von Siemens oder British Petrol – also ausländischen Schuldnern. Dann bezahlt er nämlich gar keine Sicherungssteuer mehr. Die Schweizerinnen und Schweizer sind jedenfalls im internationalen Vergleich redliche Steuerzahler, weil die Steuerbelastung mässig ist und der Staat das Geld mehr oder weniger gezielt ausgibt und es nicht einfach verprasst.

Wird die Schweiz nicht einen Reputationsschaden erleiden, wenn sie eine Massnahme zur Steuerhinterziehung abschafft?
Tanner: Das denke ich nicht. Die Sicherungssteuer ist eine rein inländische Abgabe, die das Ausland nicht interessiert – und überhaupt nicht zu interessieren hat.

Laich: Wenn wir eine bestehende Sicherungssteuer abschaffen, die andere gar nicht kennen, kann uns niemand etwas vorwerfen. Unsere Reputation ist im Gegenteil gestiegen, seit wir den Automatischen Informationsaustausch (AIA) eingeführt haben.

Die Schweiz führt den AIA mit über 100 Ländern durch, nicht jedoch mit Ländern wie Belarus oder Venezuela, in denen Korruption verbreitet ist. Müsste man nicht dort ansetzen, also den AIA auf weitere Staaten ausweiten, wenn man gegen Steuerhinterziehung vorgehen will?
Laich: Für eine Vereinbarung braucht es immer zwei Seiten. Wenn Belarus und Venezuela mit der Schweiz keinen AIA wollen, so müssen wir das akzeptieren. Die Schweiz verfügt zudem über das strengste Geldwäschereigesetz. Und jede Schweizer

Urs Tanner (l.) und Lorenz Laich kennen sich gut. Zur Verrechnungssteuerreform haben sie aber unterschiedliche Meinungen.
BILDER ROBERTA FELE

Was bringt die Reform dann Substanzielles?

Laich: Ausländische Investoren würden Schweizer Unternehmen äusserst gerne Geld leihen. Denn sie wissen, dass unsere Firmen zuverlässige Schuldner sind, die ihre Zinsen bezahlen und am Ende der Laufzeit das Kapital zurückvergüten. Nur ist die Verrechnungssteuer für ausländische Anleger derart umständlich, dass sie ihr Geld nicht in der Schweiz, sondern im Ausland investieren. Das können wir mit der aktuellen Reform korrigieren und die Schweiz wieder interessant machen.

Tanner: Ihr Bürgerlichen holt immer wieder neue Pfeile aus dem Köcher. Dass Ihr die Heiratsstrafe abschaffen wollt, damit kann ich gut leben. Aber nehmen wir die Abschaffung der Industriezölle. Sie kostet unser Gemeinwesen 500 Millionen Franken. Jetzt wollt Ihr nochmals 800 Millionen abzwacken. Sollen wir das wirklich auf uns nehmen, um ausländischen Investoren entgegenzukommen? Ich denke, nein.

Laich: Urs Tanner spielt mit dieser Zahl von 800 Millionen Franken Steuerausfällen. Sie stammt aus der ursprünglichen Botschaft des Bundesrates, welche die Abschaffung der Verrechnungssteuer bei allen Anleihen enthielt. Doch jetzt steht nur die Entlastung von neu ausgegebenen Emissionen zur Debatte. Deshalb werden die Steuerausfälle nicht so hoch sein.

Tanner: Die 800 Millionen, das sind unsere Berechnungen.

Immer wieder ist vom Vergleich mit Luxemburg zu hören, der Schweizer Fremdkapitalmarkt könne wegen der

Verrechnungssteuer nicht mit dem Luxemburger mithalten. Doch wie gehen Sie damit um, dass Hongkongs Obligationenmarkt ebenfalls vergleichsweise schwach entwickelt ist, obwohl es dort keine Verrechnungssteuer auf Anleihen zinsen gibt?
Laich: Es gibt gewisse Offshore-Finanzplätze, in denen die Regulierung ganz anders funktioniert als bei uns. Im EU-Raum

«Die Reform ist sicher nicht matchentscheidend. (...) Aber über das Geld müssen wir reden. Die Reform kostet unseren Staat 800 Millionen Franken.»

Urs Tanner
 SP-Grossstadtrat

macht es Luxemburg exzellent, viel besser als wir in der Schweiz. Diesen Nachteil können wir mit der Reform ausgleichen.

Tanner: Doch der Durchschnittsbürger bei uns verdient 6500 Franken und fragt sich, was er von dieser Reform hat. Lorenz Laich zeichnet das Bild einer Schönwetter-schweiz, wo die Wirtschaft brummt, Unternehmensteuern sprudeln, die Nationalbank laufend Gewinne erzielt und diese an Bund und Kantone verteilt. Deshalb stelle ich infrage, dass sich die Verrechnungssteuer automatisch rechnen wird, wie die Befürworter es behaupten.

Laich: Die Unternehmen, die Anleihen in der Schweiz ausgeben, werden hier mehr Wertschöpfung erzielen und Steuern be-

zahlen. Der Staat wird sich günstiger finanzieren können, weil er die Investoren für ihren Aufwand mit der Verrechnungssteuer nicht mehr mit hohen Zinsen entschädigen muss. Berechnungen der eidgenössischen Steuerverwaltung gehen von 0,15 Prozent geringeren Zinsen aus. Das werden wir bei uns in Schaffhausen spüren, wenn wir für den Neubau des Kantons-spitals Kapital brauchen. Rechnen wir es durch: 250 Millionen Franken mal 0,15 Prozent ergibt 375 000 Franken. Das ist Geld, das letztlich die Schaffhauserinnen und Schaffhauser – pro Jahr – sparen. Gesamt-schweizerisch gesehen macht das enorm viel aus.

Günstiger werden könnten auch «Green Bonds», Anleihen zur Finanzierung ökologischer Projekte. Das müsste Sie von der politischen Linken interessieren.
Tanner: Den Kampf gegen den Klimawandel werden wir bestimmt nicht an der Verrechnungssteuer scheitern lassen. Lorenz Laich argumentiert mit Verve und verteidigt seine Position in einem Mikrokosmos. Und er hat scheinbar das Perpetuum mobile erfunden: Ohne Verrechnungssteuer läuft die Wirtschaft von allein und finanziert den Staat. Und am Ende müssen wir fürs neue Kantonsspital sogar noch ein paar hunderttausend Franken weniger bezahlen. Das verdient ein Denkmal gleich neben dem Munot!

Was konkret halten Sie der Befürworter-argumentation entgegen?
Tanner: Im Abstimmungsbüchlein lese ich Phrasen wie «Der Bund erwartet Einnahmen...» oder «Der Bundesrat rechnet damit, dass...». So kann man doch keinen Urnengang gewinnen. 10 Prozent der Bür-



Urs Tanner hat zwar Sympathien für Finanzminister Ueli Maurer. Dessen Verrechnungssteuerreform lehnt er aber ab.



Lorenz Laich rechnet vor, wie die Schaffhauserinnen und Schaffhauser profitieren, wenn die Verrechnungssteuer auf Anleihen zinsen abgeschafft wird.